

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 16 vom 24. September 2024

Einzelinitiative. Änderung der Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung. 2024. Eicher Kurt und Mitunterzeichnende. Gültigkeitsprüfung des ausgearbeiteten Entwurfs.

0 Führung
0.4.2 Initiativen

281

1 Ausgangslage

Mit Schreiben vom 7. September 2024 (Eingang 10. September 2024) reichte Kurt Eicher, Regensdorf (Erstunterzeichner) sowie Peter Ziegler, Philipp Bosshard und Rudolf Hugelshofer, alle Regensdorf (Mitunterzeichner), gestützt auf § 146 ff des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) eine Einzelinitiative ein.

1.2 Initiative im Wortlaut

«Gemeinde Regensdorf
Gemeinderat
Watterstrasse 114/116
8105 Regensdorf

07. September 2024

Einzelinitiative von mehreren Stimmberechtigten in der Versammlungsgemeinde Regensdorf

Initiative "Änderung der Verordnung über die Park- raumbewirtschaftung"

Die unterzeichnenden, in der Gemeinde Regensdorf wohnhaften Stimmberechtigten stellen gestützt auf §§ 146 ff. des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs folgendes Begehren:

Initiativtext

Ausgangslage

An der Gemeindeversammlung vom 16.06.2016 wurde die Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung (in Kraft seit 01.01.2017, nachgeführt bis 01.01.2024) vom Stimmvolk genehmigt. Seit Inkrafttreten der neuen Verordnung ist die Gemeinde Regensdorf ettappen- und quartierweise mit den Signalisationsänderungen beschäftigt. Als letztes Gebiet soll nun auch die Umsetzung der Bestimmungen für das Gebiet Laubisser angewendet werden. Geplant ist konkret, das Markieren von Parkfeldern im Gebiet Laubisser. Dazu hat die Gemeinde bereits mögliche Varianten für die zukünftige Parkierung erstellt.

Anliegen / Begehren

Antrag:

Hiermit beantragen die Initianten dem Gemeinderat und der Gemeindeversammlung folgende Änderungen der Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung:

Bisheriger Verordnungstext	Neuer Verordnungstext
<p>Art. 2 Parkierungsvorschriften auf öffentlichem Grund</p> <p>Das Parkieren auf öffentlichem Grund ist ausschliesslich auf entsprechend markierten oder signalisierten Parkfeldern zulässig. Es wird unterschieden zwischen Tages- und Nachtparkierung.</p>	<p>Art. 2 Parkierungsvorschriften auf öffentlichem Grund</p> <p>Das Parkieren auf öffentlichem Grund ist ausschliesslich auf entsprechend markierten oder signalisierten Parkfeldern zulässig. In Gebieten mit kleiner Bewohnerdichte oder geringer Verkehrsfrequenz, wie im Gebiet Laubisser, wird auf den Strassen «Gheidstr. / Brünigstr. / Grundstr. / Haldenstr. / Laubisserstr. / Zielstr. / Bergwies / Haldensteigstr. / Hohlstr. / Im Spannrain» auf markierte Parkfelder verzichtet. Der Gemeinderat kann in eigener Kompetenz beschliessen, auch in anderen Gebieten mit kleiner Bewohnerdichte oder geringer Verkehrsfrequenz, auf markierte Parkfelder zu verzichten. Es wird unterschieden zwischen Tages- und Nachtparkierung.</p>
<p>Das Parkieren und Abstellen von Fahrzeugen jeglicher Art ist tagsüber von Montag bis Samstag zeitlich beschränkt. Die Parkzeiten werden durch den Gemeinderat festgesetzt und können dem Gebührenreglement (Anhang zu dieser Verordnung) entnommen werden.</p>	<p>Das Parkieren und Abstellen von Fahrzeugen jeglicher Art ist tagsüber von Montag bis Samstag zeitlich beschränkt. Die Parkzeiten werden durch den Gemeinderat festgesetzt und können dem Gebührenreglement (Anhang zu dieser Verordnung) entnommen werden.</p>
<p>Die Benützung der Parkfelder ist grundsätzlich gebührenpflichtig oder mit Parkscheibe zeitlich beschränkt kostenfrei. Die Gebühren sind im Gebührenreglement (Anhang zu dieser Verordnung) geregelt.</p>	<p>Die Benützung der Parkfelder ist grundsätzlich gebührenpflichtig oder mit Parkscheibe zeitlich beschränkt kostenfrei. Diese Regelung gilt auch in Gebieten ohne markierte Parkfelder. Die Gebühren sind im Gebührenreglement (Anhang zu dieser Verordnung) geregelt.</p>
<p>Das regelmässige nächtliche Abstellen von Fahrzeugen auf öffentlichem Grund bedarf einer Bewilligung der Gemeindepolizei</p>	<p>Das regelmässige nächtliche Abstellen von Fahrzeugen auf öffentlichem Grund bedarf einer Bewilligung der Gemeindepolizei (gesteigerter Gemeingebrauch) und ist gebührenpflichtig.</p>

(gesteigerter Gemeindegebrauch) und ist gebührenpflichtig.	
--	--

Begründung

Die Umsetzung der aktuell gültigen Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung hat für die Bewohner im Laubisser Quartier einige unfreundliche Auswirkungen, weil bei vielen Häusern und der weiteren Umgebung gemäss dem Projektplan des Gemeinderates keine markierten Parkplätze zur Verfügung stehen würden. Das Laubisser Quartier hat die geringste Bewohnerdichte in Regensdorf. Die meisten Häuser sind von Eigentümer bewohnt und haben eigene Garagen und Vorplätze. Einige sind jedoch auf einen öffentlichen Strassen-Abstellplatz in Hausnähe angewiesen, speziell bei Gäste- und auch Handwerkerbesuchen. Durch die, nicht in Hausnähe markierten Parkfeldern, wird die Mobilität der Anwohner verschlechtert. Viele Anwohner sind nicht mit dem ÖV unterwegs und dementsprechend auf die Nutzung ihrer Fahrzeuge angewiesen. Viele Liegenschaftsbesitzer haben aufgrund Platzmangels nicht die Möglichkeit ihre Autos oder jene der Gäste auf dem eigenen Grundstück abzustellen.

Im geplanten Projekt der Gemeinde wurden auf dem Situationsplan einige Parkplätze vor unbebauten Grundstücken eingezeichnet. Sobald diese Grundstücke jedoch überbaut werden, müssen diese Parkfelder wieder aufgehoben werden. Das bedeutet, dass es in Zukunft noch weniger Parkplätze am Strassenrand geben wird. Auf ganzen Strassenabschnitten gibt es nach der Ausführung des geplanten Gemeindeprojekts keine Möglichkeit mehr das Auto zu parkieren.

Das Parkieren im Strassenraum wird zur Verkehrsberuhigung beitragen. Durch die abgestellten Fahrzeuge wird automatisch langsamer und aufmerksamer gefahren. Somit braucht es auch keine vorgeschriebenen Abstände zur nächsten Garagenausfahrt. Im Quartier sind nur eine geringe Anzahl Autos als Tagesgäste zu beobachten. Die wenigen Nachtgäste müssen mit Bewilligungskarten ausgestattet sein.

Im Laubisser parkieren mehrheitlich ortskundige Personen, daher sollte das Verständnis für das korrekte Abstellen der Fahrzeuge bekannt sein. Ausfahrten aus der Garage auf die Strasse wird auch in Zukunft selbstverantwortlich bleiben. Die Verkehrsunfallstatistik im Quartier zeigt eine sehr geringe, ja sogar über die Jahre eine vernachlässigbare Fallzahl.

Die Markierung von Parkfeldern und die Überwachung durch die Gemeindepolizei kostet viel Geld. Das Parkieren war bisher über Jahrzehnte problemlos. Zudem verlangen Markierungen einen regelmässigen Unterhalt.

Diese Einzelinitiative wird von nachfolgenden Stimmberechtigten eingereicht:

Datum: 7 Sept. 2024»

2 Fragestellung

Es ist zu prüfen, ob die Einzelinitiative für gültig erklärt werden kann.

3 Zielsetzung

Es ist geklärt, ob die Einzelinitiative gültig ist und der Gemeindeversammlung zur Beschlussfassung unterbreitet werden kann.

4 **Zuständigkeit / Rechtliches**

Gemäss § 146 ff GPR können in Versammlungsgemeinden Einzelinitiativen von einem oder mehreren Stimmberechtigten eingereicht werden über Gegenstände, die der Abstimmung in der Gemeindeversammlung oder an der Urne unterstehen. Der Gemeinderat prüft ohne Verzug, ob die Initiative von mindestens einer stimmberechtigten Person unterzeichnet worden ist und beschliesst innert dreier Monate nach Einreichung der Initiative über ihre Gültigkeit (§ 150 Abs. 2 + 3 GPR).

5 **Erwägungen**

5.1 Gültigkeitsprüfung

5.1.1 Prüfung formelle Gültigkeit

5.1.1.1 Unterschriften und Legitimation

Die Einzelinitiative wurde von Kurt Eicher, Peter Ziegler, Philipp Bosshard und Rudolf Hugelshofer, Regensdorf unterzeichnet und eingereicht. Das Meldeamt hat die Prüfung vollzogen und am 13. September 2024 formell bestätigt, dass alle Initianten im Stimmregister der Gemeinde Regensdorf eingetragen sind. Sie sind somit zur Einreichung der Einzelinitiative legitimiert.

Die Initiative beinhaltet eine vorbehaltlose Rückzugsklausel, welche regelt, welche Personen die Einzelinitiative bis zur Behandlung in der Gemeindeversammlung vorbehaltlos zurückziehen können.

5.1.1.2 Vorliegen eines initiativfähigen Gegenstandes

In Versammlungsgemeinden können Einzelinitiativen eingereicht werden über Gegenstände, die der Abstimmung in der Gemeindeversammlung oder an der Urne unterstehen (§ 147 Abs. 1 GPR). Sind die Stimmberechtigten nicht zuständig, ist der Gegenstand nicht initiativfähig. Mit der Einzelinitiative begehren die Initianten eine Änderung der «Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung» der politischen Gemeinde Regensdorf vom 1. Januar 2017 (nachgeführt bis am 1. Januar 2024). Der Erlass und die Änderung der «Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung» sind gestützt auf Art. 11 der Gemeindeordnung vom 1. Januar 2018 der politischen Gemeinde Regensdorf der Gemeindeversammlung zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Das Begehren der Initianten stellt somit einen initiativfähigen Gegenstand dar.

5.1.1.3 Form der Initiative

Die Einzelinitiative enthält den Titel, den Text und eine kurze Begründung der Einzelinitiative sowie Name und Adresse der Initiantin und entspricht somit den Formanforderungen gemäss § 150 Abs. 1 GPR.

Die Einzelinitiative in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfs fordert eine Anpassung von Art. 2, Abs. 1 und 3 der Parkierungsvorschriften auf öffentlichem Grund der Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung der Gemeinde Regensdorf.

Die eingereichte Initiative ist in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs eingereicht worden. Sie ist in allen Teilen ein konkret formulierter Beschlussentwurf in seiner endgültigen, vollziehbaren Form gem. §120 Abs. 2 GPR. Das Anliegen ist derart umschrieben und abschliessend redigiert, dass der Gemeinderat zur materiellen Gestaltung nichts mehr beitragen kann. Der Wortlaut ist für den Gemeinderat formell und inhaltlich verbindlich.

Der Form halber wird darauf hingewiesen, dass der Initiativtext sprachlich wie folgt ergänzt wird: «...Der Gemeinderat kann in eigener Kompetenz beschliessen, auch in anderen Gebieten mit

kleiner Bewohnerdichte oder geringer Verkehrsfrequenz, auf markierte Parkfelder **zu** verzichten.»

5.1.2 Materielle Gültigkeit

Eine Einzelinitiative ist gemäss Art. 28 Kantonsverfassung gültig, wenn sie:

- a) die Einheit der Materie wahrt;
- b) nicht gegen übergeordnetes Recht verstösst;
- c) nicht offensichtlich undurchführbar ist.

Die Einzelinitiative betrifft eine Änderung der «Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung» der Gemeinde Regensdorf. Sie hat das Ziel, in konkret genannten Gebieten mit geringer Bewohnerdichte, auf markierte Parkfelder zu verzichten. Zudem will sie dem Gemeinderat die Kompetenz übertragen, in weiteren Gebieten mit geringer Bewohnerdichte auf die Markierung von Parkfeldern zu verzichten. Im Weiteren will sie präzisieren, dass die Benützung des öffentlichen Grundes auch in Gebieten ohne markierte Parkfelder gebührenpflichtig ist.

Die Initiative wahrt die Einheit der Materie. Das Initiativbegehren verstösst nicht gegen übergeordnetes Recht und ist nicht offensichtlich undurchführbar. Der zu behandelnde Gegenstand der Initiative fällt in die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung.

5.2 Zusammenfassung

Die Einzelinitiative erfüllt nach den Bestimmungen der Kantonsverfassung, des Gesetzes über die Politischen Rechte und des Gemeindegesetzes die Anforderungen an die formelle und materielle Gültigkeit. Die Einzelinitiative ist deshalb für gültig zu erklären.

6 Finanzen und Folgekosten

Aus diesem Beschluss resultieren keine direkten Folgekosten, ausser denjenigen, die für die Durchführung, die Vor- und Nachbereitung der Gemeindeversammlung entstehen.

7 Öffentlichkeit

Dieser Beschluss unterliegt dem Öffentlichkeitsprinzip gemäss dem Gesetz über die Information und den Datenschutz IDG. Es erfolgt die allfällige Freigabe an Gestaltsteller.

8 Kommunikation und amtliche Publikation

Die Gültigkeitserklärung der Einzelinitiative ist formell und amtlich zu publizieren. Der Entscheid ist den Initianten schriftlich zu eröffnen. Im Weiteren wird die Einzelinitiative ordentlich mit dem beleuchtenden Bericht zur Gemeindeversammlung amtlich publiziert.

9 Beschluss

- 10.1. Die Einzelinitiative «Änderung der Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung» vom 7. September 2024 (Eingang 10. September 2024) wird gestützt auf §148 Abs. 2 Gesetz über die politischen Rechte in Verbindung mit Art. 28 Abs. 1 Kantonsverfassung für gültig erklärt.
- 10.2. Es wird festgestellt, dass die Einzelinitiative in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfes gemäss § 120 Abs. 2 Gesetz über die politischen Rechte in Verbindung mit Art. 25 der Verfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005 (KV) eingereicht worden ist.
- 10.3. Gegen diesen Beschluss kann wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Dielsdorf, Geissackerstrasse

24, 8157 Dielsdorf, erhoben werden. Die Rekurschrift muss im Doppel eingereicht werden und einen Antrag und dessen Begründung enthalten.

10.4 Dieser Beschluss wird in Anwendung von § 10 Abs. 3 und 4 lit. b VRG im Furttaler (amtliches Publikationsorgan der Gemeinde Regensdorf) veröffentlicht.

10.5 Die Kanzlei wird beauftragt, nach Eintritt der Rechtskraft dieses Beschlusses die Vorbereitungsarbeiten für die Behandlung des Geschäftes an der Gemeindeversammlung vom 17. März 2025 an die Hand zu nehmen.

10.6 Mitteilung

- Kurt Eicher, Brünigstrasse 66, 8105 Regensdorf (eingeschrieben)
- Peter Ziegler, Gheidstrasse 101, 8105 Regensdorf (eingeschrieben)
- Philipp Bosshard, Brünigstrasse 77, 8105 Regensdorf (eingeschrieben)
- Rudolf Hugelshofer, Haldenstrasse 38, 8105 Regensdorf (eingeschrieben)
- Kanzlei (gem. Dispo. 10.4, 10.5)
- Gemeindeschreiber
- Leiterin Sicherheit, karin.lomartire@regensdorf.ch
- Leiter Bau und Werke, daniel.raschle@regensdorf.ch
- Leiterin Raum und Umwelt, ladina.engler@regensdorf.ch

Für die Richtigkeit des Protokolls



Stefan Pfyl
Gemeindeschreiber

Versand: 27. September 2024